

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

20. Woche für die Zeit vom 14. bis 20. Mai 1898.

Posen, 23. Mai 1898.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 109 des Dziennik Poznański
vom 13. Mai 1898:

Für die Herren Minister.

Mit welchen Lügen und Entstellungen die öffentliche Meinung in Deutschland gegen die Polen bearbeitet wird, davon liefert die von dem „All-deutschen Bunde“ herausgegebene antipolnische Petzet'sche Broschüre: „Die preussischen Ostmarken“ einen Beweis. (Der Dziennik Poznański führt hier einige Stellen aus dieser Broschüre in polnischer Uebersetzung an und bemerkt seinerseits dazu Folgendes):

Wenn der H.-R.-T.-Verein jemals eine besondere Prämie für solche Preßpolenfreßer, die am besten zu lügen verstehen, aussetzen sollte, so wird Herr Christian Petzet, der Verfasser der vorerwähnten Broschüre, zweifellos dieselbe erhalten. Aus den angeführten Stellen kann sich Jeder überzeugen, daß dort jedes Wort eine Lüge ist. Die Vorwürfe, welche er der polnischen Presse macht, können sich nur auf die vom H.-R.-Tismus und Pangermanismus unterhaltene Presse, die wie gedruckt lügt, beziehen. Den Gipfel der Falschheit und des bösen Willens bilden die dem Dziennik Poznański gemachten Vorwürfe, welchem er sogar die Zusammenstellung des Blattes, das er aber noch niemals vor die Augen bekommen hat, vorschreiben will. Die Behauptung, wir verschwiegen die Thronreden des Kaisers, ist eine so unwürdige Lüge, daß wir den Verfasser für den hier enthaltenen dolus eventualis zur gerichtlichen Verantwortung ziehen könnten, umsomehr, als wir die Thronreden sogar einige Stunden früher, als die hiesigen deutschen Blätter bringen. Kommentare dagegen über Thronreden sind gestattet, alle Blätter, selbst diejenigen, die ein Patent auf Patriotismus haben, machen sie. Zur Zeit, als Graf von Caprivi Reichskanzler war, waren diese Kommentare der erwähnten Presse sogar sehr verdächtiger Natur. Und den Verbreiter solcher Lügen stellte unlängst die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ als einen angesehenen, ernstern Schriftsteller dar! Wenn ein ernster Schriftsteller so schreibt, so kann man sich denken, wie viel Lug und Trug, Bosheit und Haß aus der Feder der Schreiber minorum gentium auf das Papier der patriotischen, deutschen Blätter, welche die Meinung der offiziellen Kreise gestalten, fließt. Es ist daher kein Wunder, wenn die, unseren Verhältnissen fernstehenden Herren Minister so schlecht über dieselben unterrichtet sind. Vielleicht werden sie gelegentlich ihrer Anwesenheit in Posen auch auf diese Zustände ihre Aufmerksamkeit lenken wollen. —

Aus Nr. 114 des Goniec Wielkopolski
vom 19. Mai 1898:

Weshalb stimmen wir?

Deshalb, damit Europa nicht sage, wir seien nicht mehr da und dieses urpolnische Land sei bereits ein deutsches Land. Dies Eine reicht hin.

Wir müssen zeigen, daß wir, obwohl wir kein Vermögen, keine Heeresmacht, keine Ämter, keine Polizei, Gerichtsbarkeit u. s. w. besitzen, doch eine ansehnliche Zahl vertreten, so viel Charakter und steten Willen haben, um eine Nation zu bilden, die Gott der Allmächtige mit der Freiheit beschenken wird, damit wir frei werden, wie unsere Väter es waren. Wer frei sein will, muß vernünftig, doch nicht überflüg, muß ausdauernd, aber nicht leidenschaftlich und sittlich stark sein. Die Wahlen bilden die Probe unserer Kräfte.

An einer anderen Stelle bemerkt der Goniec zu der Reichstagskandidatur des Schuhmachermeisters Franz Andrzejewski, die in der am Montag, den 16. Mai d. J. von der Hoppartei nach dem Lambert'schen Saale einberufenen Wählerversammlung, gegenüber der Kandidatur des Amtsgerichtsraths Motty, die Stimmenmehrheit erhielt, Folgendes: „Was wird das auf den weiteren Verlauf der Vorwahlthätigkeit für einen Einfluß haben? Wir meinen den, daß auch der ländliche Kreis Posen-West mit allen Kräften die Kandidatur des Franz Andrzejewski wird durchbringen wollen und daß er dies auch erreichen wird, wenn sich nicht alle Diejenigen in Bewegung setzen, welche sich über die wahnsinnige Rücksichtslosigkeit der Volksparteiler entrüsten müssen. Doch wollen wir den Ereignissen nicht vorgreifen, dieselben wird die Vorziehung, deren Wege unerforschlich sind und welche die anscheinend schlechteste Sache in ihren Folgen als eine der besten erweisen wird, leiten. Möge sich hieraus Jeder eine Lehre nehmen.“

Polen wird doch erstehen, auch ohne Brüllen und Schreien — und ohne daß wir uns herabwürdigen!“

Aus Nr. 108 des Oredownik
vom 12. Mai 1898:

Herr Dr. Anton Chlapowski

ist gestern aus folgendem Grunde aus dem Komitee der Hoppartei ausgetreten: Ein Theil der höheren Intelligenz wollte ihn als Wahlkandidaten auf die Liste stellen. Das Komitee der Versöhnungspartei machte ihm daraus einen Vorwurf und entschied, daß kein Komiteemitglied darein willigen könne, daß

man es mit seinem Wissen im Gegensatz zu der Kandidatenliste des Komitees als Kandidaten aufstelle. Es braucht nicht hinzugefügt zu werden, daß versöhnungsparteiliche Elemente dabei die Hand im Spiele gehabt und im Komitee auf ihrer Ansicht bestanden haben.

So arbeiten die Versöhnungsparteiler dahin, um die Wahl Motty's durchzusetzen! Am Montag fiel im Hotel de France der Herr Rechtsanwalt v. Chrzanowski einzig deswegen durch, weil er mit der Volkspartei sympathisirt. Am Mittwoch trat Herr Dr. Chlapowski deswegen aus dem Komitee aus, weil er den Versöhnungsparteilern unbequem ist. Sie tragen ihm die bekannte, im Lambert'schen Saal von ihm vorgeschlagene Marineresolution nach und setzen Alles daran, um unserer höheren Intelligenz zu zeigen, daß sie solche Sachen nicht straflos hingehen lassen. Der Austritt des Herrn Dr. Chlapowski aus dem Komitee ist aufrichtig zu bedauern; denn er gehörte zu denjenigen, welche aufrichtig an der Milde rung der in unserer Gesamtheit vorhandenen Gegensätze: arbeiteten, zu den demokratisch Gesinnten, die in Komitee nach der demokratisch-vollständigen Richtung hin arbeiteten.

Aus Nr. 107 des Oredownik
vom 11. Mai 1898:

Zur Posener Kandidatenfrage.

... Jeden, der irgendwie eine eigene Ansicht kundgibt, kann dasselbe treffen, was die Herren Andrzejewski und Kulerski betroffen hat. Ein neuer Beweis: Gestern (Montag) Abend berief der Dziennik Poznański in das Hotel de France eine Wählerversammlung, in welcher über die Angelegenheit betreffend die Kandidatur Motty und die Wahl eines Delegirten berathen wurde. Die Versammlung hatte vertraulichen Charakter. Zutritt hatten nur Eingeladene. Es waren 80 Personen aus der höheren und der sogenannten städtischen Intelligenz erschienen. Zum Delegirten schlug Jemand den Herrn Rechtsanwalt Bernhard v. Chrzanowski vor, einen Mann, der in breiten Kreisen bekannt ist und an unseren öffentlichen Arbeiten lebhaft sich betheiligt. Der Herr Rechtsanwalt v. Chrzanowski gehörte nie der Volkspartei an. Man mußte meinen, daß sich gegen seine Wahl als Delegirter keine Opposition erheben werde. In dessen trat nicht allein eine Gegnerschaft auf, sondern Herr v. Chrzanowski fiel sogar vollständig durch, und zwar auf den Antrag eines anderen Mitgliedes der höheren Intelligenz, des Herrn Dr. Broeckere hin, welcher erklärte, für Herrn v. Chrzanowski könne man schwerlich stimmen, da dieser gewisse Sympathieen für die Volkspartei hege. Hat sich nun Jemand gefunden, der Herrn v. Chrzanowski in Schutz genommen hätte? Gott bewahre! Niemand fand sich, der es gewagt hätte, für Herrn v. Chrzanowski einzutreten.

Auf diesen Vorfall machen wir unsere sogenannte Przeglond-Intelligenz aufmerksam. Wir haben schon so viel mal geschrieben, daß in der Politik Arbeit, Organisation nöthig sei und daß der Einzelne nichts ausrichte. Wer in der Politik isolirt vorgeht, der wird auch isolirt durchgebläut. Gegen Jeden, der unserer Versöhnungspartei unbequem wird, wird man, sei er nun Schuhmacher oder Schneider oder Advokat in dieser Weise verfahren, um ihn von vorn herein mundtot zu machen.

Aus Nr. 111 des Oredownik
vom 15. Mai 1898:

Von Herrn Rechtsanwalt Bernhard v. Chrzanowski

erhalten wir folgenden „Offenen Brief“:

An meine Gegner!

„Laissez faire, laissez lire, laissez vous pendre, mais publiez votre pensée . . . Ce que vous connaissez utile, bon à savoir pour chacun, vous ne pouvez le taire en conscience“.

P. L. Courier.

Man sagt mir, daß das vor der Wählerversammlung vom 12. Mai ausgegebene Schlagwort, „ich hege Sympathieen für die Volkspartei“, fast die ganze „Intelligenz“ der Stadt, sowie deren achtbaren Kaufmannsstand gegen mich zusammengeschart und den Fall meiner Kandidatur für das Amt eines Wahldelegirten verursacht habe. Diese Sympathieen legt man mir allgemein als schwere Sünde aus. Offen bekenne ich mich zu ihnen, doch nicht dazu, daß ich dadurch sündige.

Unsere Volksgesamtheit befindet sich in einer Periode der Entwicklung. Der Landadel, der bisher an der Spitze stand, indem er mit tiefem Nationalgefühl, in Liebe zur Nationalität und mit Opfermuth voranging, neigt sich dem Untergang zu; ein Gut nach dem andern geht entweder in die Hände der Ansiedelungskommission oder in andere deutsche Hände über; alte gute polnische Namen gerathen gleichzeitig in Vergessenheit, und das Herz krampft sich zusammen, da Ende und Ziel dieses Verfalls unseres Landadels nicht abzusehen sind . . .

An die Stelle der Abtretenden treten jedoch in geschlossener Masse einfache Namen: der polnische Bauer erwirbt Boden, der bäuerliche Wirth häuft solchen an, der Arbeiter und Handwerker verlegen sich auf die Arbeit, arbeiten sich unter den Wettbewerbern anderen Stammes in die Höhe, klären sich auf, und Alle empfinden immer lebhafter Liebe zur Sprache und zum Lande, raffen sich zu gemeinsamer Abwehr auf, wollen aber auch, daß das, was sie sich wünschen, geachtet werde und daß auch ihre Meinung Berücksichtigung finde.

Diese Bewegung macht im ganzen preussischen Landestheil Fortschritte; sie nimmt im Großherzogthum Posen das Wort in der Bromberger, Inowrazlawer, Mogilnoer, Jarotschiner, Pleschener, Gostynier Gegend . . . in Posen selbst und dessen ganzer Umgegend fordert sie schon seit einigen Jahren immer dringlicher Gehör für ihre Wünsche. Heut will sie zum ersten Male als Abgeordneten einen Mann haben, der dieser Bewegung angehört, sich durch seiner Hände Arbeit aufgeschwungen und mit ungewöhnlichem Wissensdurst und Energie seinen Geist gebildet hat. Es sind das natürlich Leute ohne ausgesuchte Formen und rauh in ihrem Auftreten, doch wer will ihnen warmes, polnisches Empfinden absprechen? Möge mir Niemand sagen, daß dies „Wähler“ und „Irregeleitete“ seien! Zu welchem Zwecke wählen sie? Wer hat die Herren Lukomski aus Wilba, Stolpe aus Lazarus, Plotkowia aus Kotowo, den altherwürdigen Herrn Blazjewski aus Stenischewo zc. irregeführt? Was haben sie Irri ges und Verkehrtes bis heutigen Tags in ihren Versammlungen gefordert? Sie haben einzig erklärt, wen sie zum Abgeordneten haben wollen, und sind für den Betreffenden eingetreten, indem sie betonten, sie wollten für ihn die Mehrheit gewinnen und ihn in ihren Versammlungen legal durchbringen.

Woher nun dieses Gift, diese Verachtung, dieser Hohn, wovon die gegnerischen Blätter angefüllt sind?

Müßte uns nicht das Herz schwellen angesichts eines so lebhaften Nationalgefühls? Ist Hohn hier am Platze? Müßte man nicht vielmehr das Haupt neigen vor der Lebensfähigkeit dieser Bewegung? Was mich anbetrifft, so erblicke ich in dieser Bewegung die einzige Rettung für unsere von der Germanisirung bedrohten Lande auf preussischem Gebiet; nur eine solche breite, demokratische Bewegung, wie sie die Tschechen belebt hat, nur eine derartige Wiedergeburt der Gesamtheit von unten her kann uns vor Vernichtung schützen.

Darum halte ich es für verderblich, die Entwicklung dieser Bewegung der häuerlichen Wirth, Kleinstädter, Handwerker und Arbeiter aufzuhalten, Dämme dagegen aufzuschütten, diese lebhafte Strömung zu stauen und sie in einen Teich ohne Abfluß zu verwandeln. Das dürfen wir nicht thun, wenn auch Jemand unter uns für die augenblicklichen Hauptführer dieser Bewegung kein Wohlwollen hegen sollte. Darum erscheint es mir unedel, schon jetzt alle Theilnehmer an dieser Bewegung als „Irregeleitete“, als „geheime Wähler“ anzusehen und sie mit Worten, in den Tageszeitungen, in Flugschriften, in Aufrufen, in Versammlungen und von der Kanzel her zu verdammen. Ich selbst verurtheile den Bruch der Solidarität beim Auftreten dem Feinde gegenüber; doch haben sie ja noch keine Sezession ins Werk gesetzt. Hierzu durch Mangel an Nachsicht und durch Schimpfereien drängen, halte ich für verkehrt. Diejenigen, welche höher stehen, deren Geist mehr aufgeklärt ist, mehr umfassen und verstehen muß, müssen mehr Objektivität und Ruhe bewahren und sich von der Leidenschaft nicht so fortreißen lassen, wie einfache Leute. Darum betrachte ich es endlich für unwürdig, den Mann, welchen diese Bewegung voranträgt, in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise durchzuhecheln; ich halte es für unflug, sich darüber zu entrüsten, daß ein „Schuhmacher“ der Repräsentant von Posen sein soll; ich halte es für höchst empörend, derart die Sprache dieses Mannes und derjenigen zu verhöhn, die in Versammlungen reden. Wer soll sie gut polnisch reden lehren und wo sollen sie es lernen? Für Diejenigen, denen Unrecht gethan wird, regt sich unwillkürlich das Mitgefühl, und dies wandelt sich mit der Zeit in Sympathie um.

Und wenn es sich um die Kandidaturen der Herren Stanislaus Motty und Franz Andrzejewski handelt, so schäze ich diese nicht hinsichtlich der Personen der Kandidaten ab. Wenn es sich um die Personen handelte, so besteht für mich kein Zweifel, wer Abgeordneter sein müßte. Zu dem Vorsitzenden der polnischen Fraktion, Herrn Stanislaus Motty, blicke ich auf wie der gemeine Soldat zu dem im Kampfe ergrauten Führer. Ein würdigerer Abgeordneter ist schwer zu finden. Meine gesammte persönliche Sympathie ist bei Herrn Motty, und ich müßte mich überwinden, um für Herrn Fr. Andrzejewski zu stimmen. Ungeachtet dessen spreche ich es offen aus, daß ich es weder als „Kompromittirung“ und eine „Schande“ für Posen, noch als ein „gräßliches Uebel“ ansehen würde, wenn Herr Fr. Andrzejewski die Mehrheit erhalten und Abgeordneter von Posen werden würde; ich würde das einzig als eine Thatsache ansehen, welche unseren sozialen Verhältnissen völlig entspricht. Immer größere Bedeutung nehmen bei uns die Mittelklassen an. Mögen sie darum auch ihren Vertreter in Berlin haben! Ich bin überzeugt, daß er daselbst nicht soviel Schlimmes anrichten wird, als eine irrige „Diplomatie“ angerichtet hat.

Ich wiederhole, daß es sich hier nicht um die Personen handelt. Ich erinnere mich, daß einst in

Berlin die Kandidaturen des größten Deutschen von heute, Bismarck, und eines einfachen, physisch kranken und geistig wenig gebildeten Arbeiters, einander gegenüber standen. Kann es einen größeren Gegensatz geben? Nein! Aber dieser Arbeiter war nur die Verkörperung einer Idee, im Namen deren er aufgestellt wurde. Auch hier repräsentirt Herr Fr. Andrzejewski als Kandidat nur die Idee, daß aus den Kreisen, denen er sich zurechnet, die hauptsächlichste Hilfe bei der Wiedergeburt unsrer Volksgesamtheit herkommen soll. Und es erscheint mir bedauerlich, daß weder ein Theil dieser Kreise noch der überwiegende Theil der Intelligenz das nicht begreift. Wenngleich mir heute nur Wenige recht geben, so glaube ich doch, nicht zu irren.

Das sind meine „Sympathieen für die Volkspartei!“ Ich bekenne, daß ich als Delegirter in diesem versöhnlichen Sinne auf Zugeständnisse und Eintracht hinarbeiten wollte. Wie mein Gegenkandidat, Herr J. Paczkowski, seine Aufgabe aufgefaßt hat, weiß ich nicht.

Posen, 13. Mai 1898.

Bernhard v. Chrzanowski.

Aus Nr. 112 des Oredownik
vom 17. Mai 1898:

Mit Bezug auf den in vorliegender Nummer des Gesamtüberblickes enthaltenen „Offenen Brief“ des Rechtsanwalts Bernhard von Chrzanowski schreibt der Oredownik u. a. Folgendes:

Man muß zugeben, daß der Brief des Rechtsanwalts Herrn von Chrzanowski die volksparteiliche Sache weiter gefördert hat als es durch viele Zeitungsartikel hätte geschehen können. — Diejenigen Kreise, welche entweder bis jetzt geschlafen, oder sich mit der ersten besten Kost, die ihnen der Dziennik Poznański gereicht hat, begnügt haben, zitterten förmlich bei dem bloßen Erwähnen der Volkspartei und wurden durch den „Offenen Brief“ zum Nachdenken und zu tieferer Erwägung unserer Lage geweckt. —

Welche einfache und doch stolze Antwort für unsere versöhnungsparteilichen Organe, welche diejenigen Bürger des Mittelstandes lächerlich machen, die das Wort in den Volksversammlungen ergreifen, liegt in der Wendung: „Wer soll sie gut polnisch lehren und wo sollen sie es lernen?“ Ja, wo haben sie denn die Gelegenheit das Polnische gut zu erlernen bei dem jetzigen System und unter den gegenwärtigen Verhältnissen, unter welchen wir arbeiten und leben müssen?

Und trotzdem, ungeachtet unserer üblen Lage, drängen und arbeiten sie sich vorwärts, heben sich in nationaler und sozialer Beziehung, fühlen immer lebhafter die Liebe zu ihrer Sprache und zu ihrem Lande und erwerben sich immer größere politische Aufklärung. Weshalb soll man also dieser Entwicklung Steine in den Weg legen; weshalb sie hemmen, wenn die einfache Gerechtigkeit und politische Nothwendigkeit, das Volksinteresse und die allgemeine soziale Lage fordern, daß diese demokratische Bewegung ihren Fortgang nehme, von der Herr Rechtsanwalt v. Chrzanowski mit Recht erwartet, daß sie uns vor Vernichtung schützen und die einzige Rettung für unsere im preussischen Landestheil durch die Germanisirung bedrohten Lande sein kann.

Aus Nr. 110 des Goniec Wielkopolski
vom 14. Mai 1898:

Aufklärung.

Unter obiger Ueberschrift erhalten wir vom
Herrn Defan Chybicki folgendes Schreiben:

Stenischewo, den 12. Mai.

Geehrter Goniec! Auf Befragen antworte ich.
Es gab weder ein Schelten, noch ein Aufzählen von
Namen, denn bis heute weiß ich selbst noch nicht,
wer die Versammlung in Stenischewo einberufen hat.
Der einzige Satz, den ich gesprochen und der viel-
leicht Jemandem mißfallen konnte, war der Aus-
druck des Befremdens darüber, daß ein gewisser
Schankwirth sein Lokal zu einer derartigen Ver-
sammlung habe hergeben können. Und vielleicht noch
das, daß ich die sogenannte Volkspartei und deren
Leiborgane, den Drendownik und Postemp mit dem
Sozialismus verglich, mit welchem sie das Gemein-
same haben, daß sie die Geistlichen und Herren an-
greifen, wodurch sie das Vertrauen des Volkes zu
der Geistlichkeit untergraben und dem Glauben selbst
und der Kirche in höchstem Grade schaden. Daß
ich hierbei an die Pflicht erinnern mußte, sich an
das gesetzliche Komitee zu halten, das versteht sich
von selbst, indem ich die Worte des Erlösers an-
führte „jegliches Reich, so es mit sich selbst uneins
wird, das wird wüste; und eine jegliche Stadt oder
Haus, so es mit sich selbst uneins wird, mag nicht
bestehen. (Mat. XII. 25).“

„Ich gebe mich,“ mit den Worten schloß ich,
„der Hoffnung hin, daß Ihr Euch keinen Schimpf
und keine Schande machen werdet.“

Dies war der Inhalt meiner Rede und deren
Absicht die Vertheidigung des Glaubens und der
Kirche. Hierzu hielt ich die Kanzel für geeignet.
Es ist nämlich meine Pflicht als Hirt, meine
Schäflein vor der ihrem Glauben drohenden Gefahr
zu warnen. Das Volk liest Volksblätter, in seiner
Schlichtheit und Einfalt — ohne den kritischen Sinn
zu besitzen — nimmt es Alles für baare Münze,
was diese Blätter in lügenhafter Weise gegen die
Geistlichkeit schreiben.

In einer ländlichen Gesellschaft bei Posen
wurde über die Geistlichkeit hergezogen. Als ich
gelegentlich davon Kenntniß erhielt, befragte
ich einen der Theilnehmer, was man über die Geist-
lichen gesprochen habe? Er antwortete, das, was
sie im Postemp gelesen hätten. Das Volk geht aber
weiter. Es sieht in dem Priester die personifizierte
Religion, den Glauben und die Kirche. So viel Ver-
trauen also und Achtung es vor dem Priester ver-
liert, soviel wird es in seinen religiösen Ueberzeu-
gung abgeschwächt. Diese Blätter und deren An-
hänger, namentlich das jüngere Geschlecht, haben
einen gewissen Haß gegen die Geistlichkeit aus dem
Grunde, weil „dieselbe das Volk in Dummheit er-
hält.“ Was soll das heißen? Die Geschichte der
Vergangenheit und der Gegenwart liefert uns den
Beweis, daß kein Stand für die Bildung des Volkes
so viel gethan habe, als der geistliche Stand. Als
ein junger Mann in meiner Gegenwart in einer
Gesellschaft diesen Vorwurf anlässlich unserer Unter-
haltung über Volksblätter erhob, ersuchte ich ihn
um Beweise. Er habe aus diesen Blättern diese
Ueberzeugung gewonnen. Was hat hiernach die von
der Geistlichkeit verbreitete Dummheit zu bedeuten?
Es ist das vielleicht der Glaube, den sie verkünden
und in welchem sie das Volk erhalten wollen. Es
ist dies ein hinterlistiger Schlag, den jene der Kirche
versetzen und wodurch sie ihr die Gemüther und die
Herzen abspenstig machen. Sind das nicht die

Folgen der Grundsätze und Lehren, die durch jene
Blätter und deren Partei verbreitet werden? Die
Volksblätter — natürlich nicht alle — bekennen
sich zu schönen Lösungsworten, doch sie kennen ent-
weder nicht deren Bedeutung oder sie handeln in
böser Absicht. Anstatt das Volk aufzuklären und
dasselbe über seine Rechte und Pflichten zu belehren,
berücksichtigen sie nur die ersteren, indem sie dar-
thun, welches Unrecht und welchen Druck es von
den höheren Bevölkerungsschichten zu erdulden habe.
Von den Pflichten dieses Volkes erwähnen sie auch
nicht eine Silbe. Dies beweist der folgende wahre
Vorfall. Ein Bauer, Leser des Postemp, besorgte
seine Einkäufe bei einem Juden in Posen. Zu
gleicher Zeit erschien auch in dem Laden ein ihm
bekannter Herr. Nach Hause zurückgekehrt, begiebt
sich der Bauer zu seinem Pfarrer und be-
schwert sich über den Herrn als einen nicht
guten Polen. „Daß ich bei einem Juden kaufe,
das ist ganz etwas Anderes, denn ich bin ein
Bauer; aber so ein Herr, der könnte seine Waaren
von einem polnischen Kaufmann entnehmen.“ Dies
sind also die Folgen der Volksaufklärung durch den
Postemp und den Drendownik. Den Herren werden
die verschiedensten Vorwürfe gemacht, dem Volke
aber wird geschmeichelt, um es nicht von sich zu
stoßen und keine Besteller zu verlieren. Kann da
ein guter Katholik Anhänger solcher Blätter und
einer solchen Partei sein? Soll der Priester, der
nicht nur die Pflicht hat, in Glaubenssachen zu be-
lehren, sondern auch für das irdische Wohl des
Volkes zu sorgen, dazu schweigen, wenn der Feind
Unkraut auf seinem Felde säet? Muß er sich da
nicht der Kanzel bedienen, wenn ihm kein anderes
Mittel zur Verfügung steht? Es handelt sich um
den Glauben, kein vernünftiger Mensch kann den
Vorwurf machen, daß ich die Kanzel zu politischen
Zwecken mißbraucht habe.“

Aus Nr. 109 des Goniec Wielkopolski
vom 13. Mai 1898:

Wichtige Anfrage.

Ein Reisender war heute früh auf dem Bahn-
steige des hiesigen Bahnhofes Zeuge folgenden Vor-
falls. Nach dem Abgange eines Zuges zwischen
10 und 11 Uhr unterhielten sich zwei Eisenbahn-
arbeiter. Die polnische Unterhaltung hörte ein
höherer Beamter und sagte zu den Arbeitern fol-
gende Worte: „Wenn Ihr noch einmal polnisch
iprecht, dann seid Ihr sofort entlassen. Die Ver-
fügung ist da.“

Wir fragen, was ist das für eine „Verfü-
gung“? Hat wirklich Herr Thielen oder ein An-
derer dieses Verbot erlassen und wann ist das ge-
schehen? Amtlich hat wohl ein derartiges Verbot
nicht erlassen werden können, denn jene beiden, des
täglichen Brodes benötigenden Polen würden sich
wohl nicht leichtsinniger Weise der Gefahr aussetzen,
dieses ihr Brod zu verlieren. Die Sache muß daher
aufgeklärt werden. Mögen Diejenigen die Aufklä-
rung geben, welche das angeht, anderenfalls werden
unsere Abgeordneten in Berlin dieserhalb vorstellig
werden, namentlich der Abgeordnete Herr v. Gzar-
linski, an welchen sich in Eisenbahnangelegenheiten
selbst deutsche Eisenbahnarbeiter und Wärter hilfe-
suchend wenden. Ist das Verbot ergangen und
weßhalb?

Die Germanisierung mittels der Eisenbahn ist
doch wohl überflüssig!

Aus Nr. 107 des Lech
vom 13. Mai 1898:

Unerhört!

Im Hausflur des hiesigen Bahnhofes ist ein deutscher Eisenbahn-Jahrplan der Warschau-Wiener Eisenbahn angebracht. Die Warschau-Wiener Eisenbahn ist Eigenthum einer Aktiengesellschaft, die ihren Sitz in Warschau hat und eine der wenigen Anstalten des Königreichs Polen ist, die in ihrem Vorstande viele Polen hat. Die Anthelle der Gesellschaft befinden sich meistens in den Händen von Warschauer Kapitalisten. Da die Letzteren nicht das Nationalinteresse, sondern die Höhe der Dividende im Auge haben, so versendet der Vorstand an die preussischen Grenzstationen deutsche Fahrpläne. Wir würden die Sache vielleicht mit Stillschweigen übergehen, wenn uns nicht die Orthographie, deren sich der Vorstand der Warschau-Wiener Eisenbahn-Verwaltung bedient, zu etwas Anderem veranlaßte. Wir finden dort nirgends ein „l“, ein „g“ oder ein „a“ in Ortsnamen, die so verunstaltet sind, als ob dort deutsch-preussische H.-R.-Tisten grassirten. Wir finden in dem Verzeichniß z. B. Lodz, Golonog, Radziwillow, Zombkowice, ja selbst unser Piotrkow, der Sitz unseres höchsten Gerichtshofs, ist in Petrikau ohne Hinzufügung der polnischen Bezeichnung umgetauft worden. Vielleicht wird aber Jemand einwenden, diese Veröffentlichungen seien in Deutschland gedruckt und die Fehler beruhten nur auf einem Versehen des Uebersetzers oder Druckers? Keineswegs! Der in dem Gnesener Bahnhofe angebrachte Warschau-Wiener Eisenbahnfahrplan ist in Warschau gedruckt worden und die Genehmigung zur Affichirung hat der Warschauer Oberpolizeimeister, Oberst Gresser, unter Nr. 13530 erteilt, was die unten angebrachte russische Inschrift beweist. Unter der Adresse der Warschau-Wiener Eisenbahn-Direktion erheben wir entschieden Widerspruch gegen die Verdeutschung unserer schönen polnischen und slavischen Bezeichnungen. Wir haben das Deutschthum gerade bis über die Ohren satt und verzichten gerne auf den Eisenbahn-Jahrplan der verehrten Warschau-Wiener Eisenbahn mit ihrer deutschen Schreibweise und ihrer Verdrehung der polnischen, im Königreich Polen gelegenen Ortschaften.

Aus Nr. 114 des Dziennik Poznański
vom 19. Mai 1898:

Ein tüchtiger Magistrat.

Herr Rektor Keller gründete in Birnbaum eine hakatistische Filiale und trat gleich in der ersten Sitzung gegen den katholischen Ortspfarrer auf. Der Magistrat drückte dem Rektor sein Mißfallen darüber aus und erklärte ihm, sein Verhalten widerspreche seiner Stellung als Leiter einer Schule, die von polnischen und katholischen Schülern ebenfalls besucht werde.

Aus Nr. 106 des Dziennik Kujawski
vom 12. Mai 1898:

In der Angelegenheit, betreffend das Verlangen der Polizeibehörden, daß die Kaufleute an den Regalen, Schubladen u. s. w. in ihren Handelsgeschäften deutsche Aufschriften anbringen sollen, haben wir, Dank dem Entgegenkommen des Bürgermeisters Herrn Dr. Kollath, Folgendes in Erfahrung gebracht.

Der Wachtmeister, Herr Kirbis in Inowrazlaw, sowie die Polizeibeamten in anderen Städten, welche dieses Verlangen den Kaufleuten mittheilten, handelten nicht eigenmächtig auf eigene Faust, sondern im Auftrage der Regierung bezw. ihrer unmittelbaren Vorgesetzten. Eine formelle Verordnung seitens der Regierung oder der Polizei, welche die Anbringung der deutschen Aufschriften in den Geschäften geradezu anbefehlen, existirt nicht. Dagegen ist bereits im Jahre 1894 von der Regierung eine Instruktion folgenden Inhalts an die Polizei-Behörden erlassen worden: „Da in vielen Drogen-, Farben- und Materialwaarenhandlungen u. s. w. die Kaufleute an den Gefäßen zur Aufbewahrung der Waaren nur polnische Aufschriften anbringen, und da die Beamten bei eventuellen Revisionen des Inhalts dieser Gefäße diese Aufschriften nicht verstehen, von ihnen auch nicht verlangt werden kann, daß sie polnisch können, wird den Polizeibehörden anbefohlen, dafür zu sorgen, daß an den genannten Gefäßen lateinische oder deutsche Aufschriften angebracht werden. Neben diesen können auch polnische Aufschriften angebracht werden.“

Auf unsere Bemerkung, daß diese Anordnung sich doch gewiß nur auf Drogenhandlungen und Apotheken beziehe, erklärte uns Dr. Kollath, daß dem nicht so sei, daß vielmehr dieser Vorschrift auch alle anderen Geschäfte, insbesondere die Kolonialwaarenhandlungen unterliegen. Wir erfuhren hierbei, daß grade infolge einer vor kurzem zu diesem Zwecke veranstalteten Revision in Inowrazlaw, die Regierung jene Instruktion der hiesigen Polizeibehörde noch einmal in Erinnerung gebracht habe. Herr Wachtmeister Kirbis habe demnach lediglich den Willen und die Anordnungen seiner vorgesetzten Behörde genau ausgeführt.

Soviel erfuhren wir von Herrn Dr. Kollath, dem wir an dieser Stelle noch einmal unsern Dank für die gütige, bereitwillige und ausführliche Information aussprechen.

Was die Sache selbst anbetrifft — so ist diese Regierungsinstruktion natürlich noch nicht Gesetz. Die Regierung hat zwar den Polizeibehörden empfohlen, sie sollten, wenn die Kaufleute diesem Verlangen nicht Folge leisteten, die Befolgung desselben auf Grund des § 132 des Landesverwaltungs-gesetzes erzwingen, welches der Behörde das Recht zuerkennt, Polizeistrafen oder andere Repressalien aufzuerlegen; gegen diese Strafen steht jedoch die Berufung an alle Instanzen offen. Hierzu führen zwei Wege: der erste ist Klage direkt beim Bezirksauschuß, und wenn auch diese Instanz der Polizei Recht geben sollte, Klage beim Obergerverwaltungsgericht; der zweite Weg ist die Beschwerde an den Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und endlich auch beim Obergerverwaltungsgericht. Wir hoffen auch mit Gewißheit, daß diese höchste Instanz jene Regierungsinstruktion nicht für zu Recht bestehend und verbindlich anerkennen wird, denn diese fordert, daß Tausende von Kaufleuten zur Bequemlichkeit des revidirenden Beamten sich Kosten auferlegen und sich verschiedenen Unannehmlichkeiten aussetzen sollen.

Wir rathen also, nachdem wir eine gute Information eingeholt haben, allen von einem solchen Verlangen betroffenen Kaufleuten, gegen die Strafe Einspruch zu erheben und beim Regierungs- und Oberpräsidenten Beschwerde einzulegen, und schließlich, wenn ihnen auch dort ihr Recht nicht wird, sich an das Obergerverwaltungsgericht zu wenden. Es ist dies Pflicht für unsere Kaufleute, welche sie durchaus erfüllen müssen.

Aus Nr. 108 des Dziennik Kujawski
vom 14. Mai 1898:

Charakteristisch.

Die Gebrüder Müller in Inowrazlaw, die Erfinder und Fabrikanten von künstlichem Futter aus Melasse, von denen wir gestern berichtet haben, daß sie auf polnische Briefe und polnische Bestellungen nicht reflektiren, haben sich heut mit einer Offerte um Einrückung eines eine ganze Seite umfassenden Inserats in unserm Blatte an uns gewandt, jedoch unter der Bedingung, daß wir dieses Inserat in deutscher Sprache veröffentlichen. Eine polnische Uebersetzung wollen sie nicht zulassen. Es versteht sich von selbst, daß wir die Annahme eines solchen Inserats zurückgewiesen haben, einmal aus dem Grunde, weil dieses Verlangen der Herren Müller an sich schon allzudeutliche hafatistische Bestrebungen verräth, dann aber auch mit Rücksicht auf das Auftreten der Herren Müller gegenüber polnischen Briefen und Bestellungen. Es wundert uns überhaupt sehr, daß die Herren Müller, welche doch selbst lieber dem Gewinn von polnischer Seite her entsagen, als polnische Briefe annehmen wollen, an uns mit einer solcher Forderung herangetreten sind.

Aus Nr. 20 der Praca
vom 15. Mai 1898:

Humoristisches.

„Bitte Papa, wer ist Bismarck?“
„Sprich nicht von ihm, mein Liebling, denn Du wirst in der Nacht von einem Drachen mit drei Häfen träumen, welcher Alle und Alles verschlingt.“

Aus Nr. 111 des Dziennik Poznański
vom 15. Mai 1898:

Aus der Stadt (Posen), den 13. Mai.

Anormale Verhältnisse in der Knaben-Mittelschule.

In der hiesigen Knabenmittelschule herrschen Zustände, auf die wir die polnischen und katholischen Eltern, welche ihre Kinder in diese Schule schicken, aufmerksam machen müssen. Ihr Leiter ist Herr Rektor Franke. Dieser Herr ist von germanisatorischem Geiste völlig durchdrungen und arbeitet eifrig daran, daß die Germanisirung und Protestantisirung zwar langsame, aber dauernde Fortschritte mache. Hiermit kann man sich auch erklären, daß viele Söhne deutsch-katholischer Eltern protestantischen Religions-Abtheilungen überwiesen wurden. So hat z. B. der Sohn des hier in der Ritterstraße wohnenden Glasers Friederich Schmidt bereits seit zwei Jahren protestantischen Religionsunterricht erhalten, wovon wahrscheinlich seine Eltern gar keine Kenntniß hatten. Nicht anders verhält sich die Sache mit den Söhnen polnischer Eltern. Eine größere Anzahl derselben muß den Religionsunterricht in deutsch-katholischen Abtheilungen erhalten, ich will hier nur die Knaben Szubert in Jersitz, Szdzinski in St. Lazarus, Tąsz aus Gnesen u. A. nennen. Ich nenne absichtlich die Namen, damit diejenigen Eltern, die vielleicht nicht wissen, was mit ihren Kindern in der Schule geschieht, bei

dem Herrn Rektor dahin vorstellig werden, daß ihre Söhne den polnisch-katholischen Religionsabtheilungen überwiesen werden. Bekanntlich werden mit dem beginnenden Schuljahr neue Schülerlisten angefertigt. Die Aufstellung dieser Verzeichnisse ist Aufgabe des Schulleiters. Was macht indeß Herr Franke? Er hat die meisten Listen von den Lehrern aufstellen lassen. Es ist wohl selbstverständlich, daß in Folge eines derartigen Verfahrens der Unterricht nicht in der gewöhnlichen Weise vorsichgeht, denn die Lehrer sind mit dem Schreibwerk beschäftigt. Die Schüler machen aber, was sie wollen, d. h. sie machen nichts oder sie lärmen. Obendrein werden sie noch von den Lehrern für die Störung bei der Aufstellung der Listen streng bestraft. Man muß dies jedoch den Lehrern nicht verübeln. Sie sind gegenwärtig mit der Aufertigung eines etwa 20 Seiten umfassenden Schulplanes beschäftigt, die Schüler dagegen bleiben tagelang ohne Beschäftigung. Kann unter solchen Umständen, wozu noch verschiedene andere Vorschriften hinzukommen von einem erfolgreichen Unterricht die Rede sein? Wenn aber die polnischen Kinder im deutschen Sprachunterricht nicht die gehörigen Fortschritte machen, wird die Schuld hieran der polnischen Agitation zugeschrieben.

Dies ist das wahrheitsgetreue Bild der in der Knabenmittelschule herrschenden Verhältnisse. Um die verehrten Leser von der Wahrheit meiner Worte zu überzeugen, dazu möge die Thatsache dienen, daß der Magistrat bezüglich der Listen, die der Herr Rektor sogar ungenügend geprüft hat, seine Unzufriedenheit ausgedrückt hat. Angesichts alles dessen drängt sich uns die Frage auf, ob es sich nicht empfehlen würde, die Mittelschule zu theilen? Sie wird gegenwärtig von 1100 Kindern besucht. Für eine Schule ist das doch eine zu große Zahl!

Aus Nr. 109 des Wielkopolanin
vom 13. Mai 1898:

Bilder aus der Schule.

Die Familie Czabajski besitzt vier Kinder, welche die Schule zu Jersitz besuchen. Die Eltern sind Polen, zu Haus wird nur polnisch gesprochen, trotzdem sind alle Kinder der deutschen Abtheilung zugetheilt. Czabajski hat schon einige mal sowohl den Lehrer, als auch den Schulinspektor, daß die Kinder, welche nur ganz wenig deutsch verstehen, der polnischen Abtheilung zugetheilt werden möchten, diese Bitten wurden indessen bisher nicht berücksichtigt. Die Kinder der Familie Czabajski machen in der Schule geringe Fortschritte, weil sie nur wenig deutsch verstehen, die Lehrer wissen hiervon, jedoch jagen sie die Kinder des Czabajski aus der polnischen Abtheilung heraus und senden sie in den deutschen Religionsunterricht. Den Kindern des Czabajski ist die Schule so widerwärtig geworden, daß man die jüngeren mit Gewalt in die Schule führen muß. Das ist ein gresles Bild unserer Schulverhältnisse und die berühmte Gleichberechtigung, von der die preussischen Minister soviel erzählen.

Wir glauben, daß die höheren Behörden einmal in diese Wirthschaft Einblick erhalten müssen, mit Rücksicht auf das Wohl der Kinder, der künftigen Bürger des aufgeklärten deutschen Reiches.

Aus Nr. 109 des Wielkopolanin
vom 13. Mai 1898:

Aus der Gegend von Olsobok,
den 8. Mai 1898.

In einem an die Redaktion des Wielkopolanin gerichteten Schreiben führt der Verfasser zunächst Klage über die Höhe der Steuern und fährt dann folgendermaßen fort:

Dazu haben wir Polen noch Plackereien mit den Behörden, denn wir verstehen nicht deutsch, und bei manchen Behörden will man mit uns nicht polnisch sprechen. So passirte mir Folgendes: Ich komme ins Katasteramt und spreche polnisch, weil ich wußte, daß der Sekretär ganz gut unsere Sprache beherrscht. Da er wußte, daß ich auch etwas deutsch verstehe, spricht er zu mir, daß, wenn ich nicht deutsch sprechen werde, so werde er mich vor die Thür werfen. Ich rieth ihm von einem solchen Versuch in artiger Weise ab. Vor nicht langer Zeit habe ich im Wielkopolanin gelesen, daß der Herr Minister angeordnet hat, daß die Beamten mit dem Publikum artig umzugehen haben. Mein Gott! Es können einem die Ohren wehthun, wenn man manchmal hört, wie ein Gendarm oder Polizist mit dem Volke umgeht. Statt, daß die Behörde das Volk in Schutz nehmen soll, ist sie unartig; aber an solche Behörden wendet sich das Volk auch nur mit Widerwillen. Es kommt ja vor, daß sich bei den Behörden sehr artige Leute vorfinden, aber um diese Artigkeit ist es schlechter bestellt, als um die Grobheit. Ich frage nun, ob so ein Mensch, welcher dies Alles ertragen muß, und vor Allem ein Pole, welcher dafür, daß er Pole ist — was ja nicht seine Schuld ist — allerorts und selbst in seiner eigenen Heimath verfolgt wird, sich nicht ganz unwillkürlich der Sozialdemokratie zuwenden soll? Schlimmer kann er es doch auf der Welt nicht mehr haben. Nun muß ich auch unserer Schule Erwähnung thun. Auch mit ihr können wir nicht zufrieden sein, denn, wenn unsere Kinder gezwungen sind, die fremde Sprache ohne Hilfe ihrer Muttersprache zu lernen, so fällt das sowohl den Kindern, als auch dem Lehrer sehr schwer. Die Lehrer müßten ein weit höheres Gehalt beziehen, denn wer darin keine Erfahrungen gemacht hat, der kann nicht begreifen, was so ein Lehrer ausstehen muß. Ich urtheile aus eigener Erfahrung. Als ich im Jahre 1870/71 in Frankreich war, verstand ich, solange ich keinen Dolmetscher hatte, wenn mir die Franzosen ein und dasselbe auch zehnmal sagten, nichts, als ich aber einen Dolmetscher hatte, ging der Unterricht mit der größten Leichtigkeit von statten. Ferner ertheilt man in den Schulen jetzt zu wenig Religionsunterricht.

Wenn es keine Geistlichen gäbe, welche die Kinder zur heiligen Kommunion vorbereiten würden, würden die Kinder den Katechismus nur schlecht kennen. Dabei schwindet auch die Furcht vor Gott und die Achtung der Jugend vor den Älteren.

Es kommen schon Fälle vor, daß ein Schulknabe, wenn er auf den Lehrer erzürnt wird, das Messer in die Hand nimmt und dem Lehrer in die Augen sagt: „Du Hundebhut, ich durchbohre Dich mit diesem Messer.“ Welchen Keim Ihr in der Schule pflanzt, solche Früchte werdet Ihr später ernten. Denn wird ein solcher Knabe, wenn er herangewachsen ist, irgend eine weltliche Behörde achten können, wenn er die Grundsätze des göttlichen Glaubens grundsätzlich nicht kennen lernt? Und nun muß ich auch dessen erwähnen, daß wir uns hier auf den Dörfern sehr darüber wundern, wie z. B. die H.-K.-Listen alle Kräfte anspannen, um

uns auszurotten. Was können wir dafür, daß wir als Polen geboren sind? Auf diese Weise üben sie dafür Vergeltung, daß sich mancher von ihnen mit polnischem Brote gemästet, oder sich durch die schwere Arbeit der Polen und auf polnischem Grund und Boden bereichert hat. Haben sie jemals davon gehört, daß ein umfangreicher Staat, eine Konfession und eine Nationalität besitzt? Sie vertrauen auf ihre Macht, aber sie vergessen sicherlich daran, daß das dem Volke zugefügte Unrecht zum Himmel nach Rache schreit, daß das Loos der Menschen sich in Gottes Hand befindet, und daß Gott nicht eilig aber gerecht sei. Wissen jene denn nicht, daß das Bömische Reich mächtiger war als das Deutsche Reich, und was aus ihm geworden ist? Man wird uns nicht verdeutschten, sondern nur verbittern.

Es wundert mich nur, daß die Regierung das zuläßt. Weiß denn die Regierung nicht, daß Eintracht aufbaut, Zwietracht zerstört; statt der Ausbreitung der Gehässigkeit energisch und bei Zeiten vorzubeugen, unterstützt sie sogar noch die eine Seite. Aus einer derartigen häuslichen Zwietracht können mit der Zeit sehr üble Folgen entstehen.

Udalbert Radomski.

Aus Nr. 108 des Dziennik Kujawski
vom 14. Mai 1898:

Der in der letzten Nummer erwähnte Brief des Herrn Doktors Janekty lautet folgendermaßen:

In der Angelegenheit betreffend das angegriffene Buch Vaterland II hat die Redaktion des Dziennik Kujawski ihrer Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, daß der Berathung, welcher bei der Einführung der protestantischen Ausgabe an Stelle der simultanen unterlaufen ist, der Aufmerksamkeit des Leiters der Schule entgangen ist, und daß dieser hiervon erst aus der Zeitung etwas erfahren hat. Mit Bezug hierauf erkläre ich, was folgt: Thatsache ist, daß die Ausgabe für Simultanschulen schon im vergangenen Jahre eingeführt worden ist, und daß damals in der Lehrerkonferenz die zutreffende Ausgabe vorgelegen hat. Außer diesem Buche wurden in der Schule am Anfange des neuen Schuljahres 10 neue Schulbücher eingeführt. Dieses, sowie der Umstand, daß gerade in dieser Zeit die Verlegung der Schule nach anderen Lokalitäten stattfand, und daß 170 neue Schüler geprüft und neu aufgenommen wurden, bewirkten, daß das erwähnte Buch „Vaterland II“ noch gar nicht in Gebrauch genommen war, als die Presse schon die Aufmerksamkeit auf dasselbe lenkte. Die Schüler kauften es schon damals zum größten Theil in den Buchhandlungen. In der 2. Klasse ist noch nicht einmal eine Seite aus diesem gelesen worden, und daraus erklärt sich, daß die Schulleitung diesen Irrthum nicht früher gewahr wurde. Es versteht sich von selbst, daß sofort eine entsprechende Aenderung angeordnet worden ist.

Bei dieser Gelegenheit richten wir an alle Eltern die Bitte, sie möchten sich in allen derartigen Fällen mit völligem Vertrauen an die Leiter der Schule wenden, welche mit der größten Bereitwilligkeit ihre Wünsche und Bemerkungen entgegennehmen werden. Die Schulleitung geht von der Voraussetzung aus, was auch im Jahresbericht gesagt worden ist, daß die Schule und das Elternhaus Hand in Hand gehen müssen, wenn die Schule der Auf-

gabe gerecht werden soll, derentwegen sie begründet worden ist. Daß die Schule sich um das Wohl der Schüler ohne Ausnahme bekümmert, das braucht wohl nicht erst versichert zu werden, davon sich zu überzeugen, waren die Eltern unzweifelhaft schon selbst in der Lage.

Mit Hochachtung
Janeky.

Aus West- und Ost-Preußen.

Aus Nr. 108 der Gazeta Toruńska
vom 13. Mai 1898:

Ein Attentat auf die geheime Wahl

zum Reichstage bereiten die Regierungsparteiler vor, und manche von ihnen prophezeien, daß wir zum letzten Male geheim wählen werden; denn für den Fall, daß eine aus Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen bestehende Mehrheit zu Stande komme, werde die geheime Wahl mittelst Stimmzetteln aufgehoben und die offene Wahl wie bei den Landtagswahlen eingeführt werden.

Die diesjährigen Wahlen werden demnach außerordentlich wichtig sein, und daher muß jeder Pole, der nicht will, daß man dem Volke seine Rechte nehme, überall, wo er sich befinden mag, eifrig unter dem polnischen und deutschen Volke gegen die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen agitiren. Die wichtigste Aufgabe ist, diesen den Zutritt zum Reichstag zu versperren.

Aus Nr. 56 der Gazeta Gdańska
vom 13. Mai 1898:

Aus der Gegend von Łasin, 10. Mai.

Der Graudenzener Korrespondent des Dziennik Poznański hat den Charakter und die Thätigkeit des Herrn Viktor Kulerski zwar scharf, aber an sich streng wahrheitsgemäß kritisiert. Wenn andere Blätter für Herrn Kulerski eintreten, so ist das nicht zu verwundern, da sie den Charakter des Herrn Kulerski noch nicht genau kennen gelernt haben. Der Charakter des Genannten zeigt sich in den drei Worten „ich, ich und noch einmal ich“, — erst kommt also die Person und dann die Sache.

Hier in unserm Kreise Graudenz sieht es traurig aus, und noch trauriger, schmerzlicher wird es sich gestalten, wenn wir der Kandidatur des Herrn Kulerski wegen bei der Wahl eine Niederlage erleiden werden. Diese Kandidatur traf uns wie ein gewaltsamer Blitz aus heiterem Himmel, um so mehr, als Herr Kulerski vor noch nicht langer Zeit nicht daran gedacht hat, zu kandidiren; ja, er hat die ihm zugeschriebene Absicht sogar bestritten, während jetzt das Gegentheil geschieht.

Unter der Gesamtheit der Polen, sowie auch in der deutsch-katholischen Partei herrscht aus Anlaß dessen die größte Unzufriedenheit und Verwirrung. Die deutsch-katholische Partei zählt im Kreise mindestens 400 Stimmen und hat stets zu unserm Siege beigetragen; heute wird sie, weil sie Herrn Kulerski, wegen dessen oftmals gegen sie gerichteten scharfen Artikeln feindlich gesinnt ist, am Wahlakt nicht theilnehmen, sodaß wir unbedingt durchfallen werden.

Alle unserer Sache Wohlgesinnten, sogar die Andersgläubigen halten dafür, daß Herr Kulerski

schon mit Rücksicht auf die in diesem Kampfe entscheidenden Deutschkatholiken die Kandidatur nicht annehmen dürfe. Wenn er Abgeordneter werden will, so möge er sich in einem sicheren Wahlkreise aufstellen, — im Wahlkreise Graudenz-Strasburg wird er durchfallen. Wenn wir ein Mandat verlieren, was Gott verhüte, so fällt die Schuld auf Herrn Kulerski und Herrn Paszotta-Plement.

Aus Nr. 58 der Gazeta Grudziądzka
vom 17. Mai 1898:

Das Graudenzener Kreiskomitee hielt am vergangenen Sonnabend eine nochmalige Berathung zwecks Aufstellung eines zweiten Kandidaten ab. Anwesend waren die Herren: 1) Majewski aus Łasin, 2) Paszotta aus Plement, 3) Gorny aus Schwetz, 4) Kamrowski aus Grutka, 5) Zuralski aus Groß-Schönbrunn, 6) Zubertowski aus Ładzińsk, 7) Gorski aus Rogasen, 8) Makowski aus Radzyn, 9) Marchlewski, 10) Golembiewski, 11) Kulerski, alle drei aus Graudenz.

Zum Schriftführer berief Herr Kulerski Herrn Viktor Marchlewski und bemerkte bezüglich der Kandidatenfrage, daß er seine Kandidatur zurückziehe und sie von Neuem nicht mehr annehmen werde.

Seinen Standpunkt that Herr Kulerski in einer längeren Rede dar und hob schließlich hervor, daß er, um die Möglichkeit einer Spaltung zu vermeiden, dem Komitee vorschlage, es möge beschließen, der Generalversammlung in Radzyn die Kandidatur der Herren von Rozyci aus Biewsk und des Pfarrers Golembiewski aus Groß-Schönwalde in Vorschlag zu bringen. Ueber diesen Vorschlag entwickelte sich eine sehr lebhaft und zeitweise sehr stürmische Diskussion.

Im Verlaufe derselben that Herr Josef Paszotta aus Plement kund, daß er vor einiger Zeit absichtlich bei einem der einflußreichsten jüdischen Bürger gewesen sei, und diesen darüber informirt habe, daß nicht nur eine kleine Handvoll von Wählern hinter Herrn Kulerski stehe, sondern daß im Gegentheil die Allgemeinheit der Wähler, sogar im Strasburger Kreise für ihn eintrete. Dasselbst habe er, Paszotta, ebenfalls in einigen Ortschaften Erkundigungen eingezogen und erfahren, daß die Kandidatur Kulerski nur wenige Gegner habe.

Darauf erwiderte jener Herr, daß es in einem solchen Falle besser sei, bei der Kandidatur des Herrn Kulerski zu verbleiben, und er werde dafür sorgen, daß seine Partei sowohl in Lautenburg, als auch in Strasburg und Golub für diesen stimme.

Nach Schluß der Diskussion ergab die Abstimmung folgendes Resultat: 6 Personen stimmten für Kulerski und Pfarrer Golembiewski, Kulerski und Marchlewski, der Rest, z. B. Gorski, Marchlewski und Kulerski stimmten für Rozyci und Pfarrer Golembiewski. Mit 8 Stimmen gegen die letzten 3 wurde daher beschlossen, der Generalversammlung in Radzyn die Kandidatur der Herren Kulerski und des Pfarrers Golembiewski aus Groß-Schönwalde in Vorschlag zu bringen.

Herr Kulerski erklärte in Anbetracht dieses Beschlusses, daß dieser keinen praktischen Werth besitze, da er seinen Entschluß nicht zurücknehme, wenn auch nur deshalb, weil er tags vorher dem Herrn von Rozyci brieflich mitgetheilt habe, daß er seine Kandidatur zurückziehe und ihn dem Kreiskomitee in Vorschlag zu bringen beabsichtige.

Herr W. Marchlewski erklärte ebenso, daß er die Kandidatur nicht annehme.

Einige Komiteemitglieder theilten mit, daß sie es nicht wagen würden, sich in ihren Parochien ihren Wählern zu zeigen, wenn sie anders stimmen würden.

Nach Erledigung der Angelegenheit, betreffend die Veranstaltung von Versammlungen, schloß Herr Rulerksi die Versammlung.

Aus Nr. 56 der Gazeta Gdańska
vom 12. Mai 1898:

In Schwetz

wurden von der Wählerversammlung als Kandidaten für den Reichstag Saß v. Jaworski-Lippinken und Propst Cyra aus Dritschmin aufgestellt, sowie Kasimir v. Rozyccki-Schwetz zum Delegirten und Domaradzki - Heinrichsdorf zu dessen Vertreter gewählt.

Aus Nr. 57 der Gazeta Grudziadzka
vom 14. Mai 1898:

Biskupiec (Bischofswerder?)

Wir haben hier einen polnischen Uhrmacher und einen deutschen, und zwar einen Hafatisten vom reinsten Wasser. Das polnische Volk unterstützt den Landsmann nicht, obgleich es bei ihm die gleiche Waare zu demselben Preise erhält. Dieser deutsche Uhrmacher hat hier auch einen Kasirjalon angelegt und nimmt unserm Barbier, einem Deutschkatholiken, das Brot. Wir haben hier auch zwei polnische, in ihrem Berufe tüchtige Schneider; das hilft ihnen aber nichts; sie müssen sich die Finger beledern, während das polnische Volk, als wenn dies gar keine Sünde wäre, sein schwer erworbenes Geld zu Andersgläubigen trägt. (Wann wirst Du, polnisches Volk, endlich zur Einsicht kommen? Ein Volksverein thut noth. Red.)

Aus Nr. 57 der Gazeta Gdańska
vom 14. Mai 1898:

Sechs Barnowitzer Parochianen

haben Vorladungen vor das Amtsgericht zu Puzig erhalten wegen Verlassens der Kirche während der deutschen Predigt.

Aus Nr. 106 der Gazeta Toruńska
vom 11. Mai 1898:

Löbau.

Der Religionslehrer am hiesigen Gymnasium Pfarrer Dr. Klebba hat — ob aus eigenem Antriebe oder im Auftrage der Behörde — den für die Schüler aller Schulen in der Diözese Kulm bestimmten Katechismus verworfen und an Stelle desselben den Katechismus der Erzdiözese Köln eingeführt. Obgleich sich die Handbücher, was die Grundsätze der Glaubenslehre anbetrifft, in Nichts unterscheiden, so muß doch — unter unseren Verhältnissen — dem hiesigen Katechismus der Vorzug gegeben werden. Die Schüler des hiesigen Gymnasiums sind nämlich

fast ausschließlich Polen, denen der eigene polnische deutsche Katechismus in sofern mehr zusagt, als er ihnen Stoff zum besseren Verständniß auch in der Muttersprache bietet. Das ist nach dem Kölner Katechismus unmöglich, insbesondere deshalb, weil Pfarrer Klebba, welcher die Sprache seiner Schüler nicht gehörig beherrscht, diesen die entsprechenden Erklärungen nicht zu bieten vermag.

Außerdem ist jeder Beichtschüler des Pfarrers Dr. Klebba auf dessen Anordnung hin verpflichtet, eine ebenfalls rheinländische Wochenschrift „Das Maiglöcklein“ zu abonnieren. Es ist das ja ein schönes, religiöses Blättchen, eignet sich aber ebenso wenig, wie der Kölner Katechismus dazu, das religiöse Wissen des polnischen Schülers zu entfalten und das Gemüth und Herz desselben mit religiösem Geist zu erwärmen.

Auf Verfügung des Herrn Rektors unseres Gymnasiums sind auch die polnischen Sprachstunden für die drei niederen und ebensoviel höhere Klassen von zwei auf eine Stunde wöchentlich herabgesetzt worden. Aus diesen Gründen begiebt sich die polnische Jugend unseres Kreises gern auf andere Gymnasien.

Aus Nr. 107 der Gazeta Toruńska
vom 12. Mai 1898:

Aus Lubichowo schreibt man uns:

„Am Sonntag, den 8. Mai, hatten wir eine Versammlung unseres Vereins im Schulca'schen Lokal in Lubichowo, welche von Herrn Brzozkowski geleitet wurde. Gleich bei Beginn erschien ein gewisser Herr und stellte sich dem Vorsitzenden mit den Worten vor, er sei aus Danzig als Dolmetscher zur Uebervachung des Vereins geschickt worden. Herr Brzozkowski eröffnete die Versammlung und bat den Dolmetscher, dem Gendarmen zu bedeuten, daß ein Kirchenlied werde gesungen werden, worauf der Dolmetscher nur erwiderte: „Ich danke!“ Während des Gesanges standen die Versammelten, nur der Gendarm und der Dolmetscher blieben sitzen; sie blieben auch dann sitzen, als ein Hoch auf den Papst und den Kaiser ausgebracht wurde. Als die Herren Brzozkowski und Mierzwicki den Dolmetscher fragten, weshalb Jene beim Gesange und bei Ausbringung des Hochs auf den Papst und den Monarchen nicht aufgestanden seien, erwiderte er, sie brauchten während des Singens nicht aufzustehen, und was das Hoch betreffe, so habe er nicht recht verstanden.“

Aus Nr. 55 der Gazeta Grudziadzka
vom 10. Mai 1898:

Gr. Radem, den 4. Mai 1898.

Zu der in Nr. 50 der Gazeta Grudziadzka aus Krone erschienenen Korrespondenz unter dem Titel: „Mit welcher Besorgniß behandelt die Regierung den Unterricht unserer hl. Religion“, will ich hier einige aus eigener Erfahrung geschöpfte Fingerzeige geben. Als hier im Jahre 1879, in der Zeit der damals herrschenden Maigesetze, unsere Parochie ohne Hirten war, ordnete die bischöfliche Behörde die Abhaltung des Volksgottesdienstes an, dessen Leitung mir übertragen wurde. Der verstorbene Defan Alofa aus Neustadt, welcher in dieser Zeit die Geschäfte unserer Parochie verwaltete und auch von Zeit zu

Zeit Gottesdienste abhielt, übertrug mir die Vorbereitung der Kinder für die ersten hl. Sakramente der Buße und des Altars. (Schon die früheren Geistlichen habe ich darin vertreten, was auch dem verstorbenen Dekan bekannt war) und die bischöfliche Behörde gab mir hierzu unter dem 30. Mai jenes Jahres ihre Bestätigung.

Ungeachtet dessen überschütteten mich Denunziationen; eine von diesen war auch gegen den verstorbenen Dekan gerichtet. — Das Löbauer Gericht sprach jedoch den Dekan, sowie auch mich frei.

In der Begründung des Urtheils war deutlich gesagt, daß der Dekan das Recht habe, dem Organisten den Auftrag zu geben, daß er den vorbereitenden Unterricht für die hl. Sakramente ertheile.

Damit war die Sache abgeschlossen. Der Landrath aus Neustadt mischte sich jetzt nicht mehr in die inneren Angelegenheiten der hl. Kirche.

In all diesen Prozessen, die gegen mich in dieser traurigen Zeit angestrengt worden sind, gab mir die bischöfliche Behörde Fingerzeige, wie ich mich wehren sollte.

Nachstehend gebe ich hier einige solcher Fingerzeige wieder, welche mir am 25. Juli 1879 zugesandt wurden:

1) Nach einem alten Brauch in der Kulmer Diözese wurde öfters die Vorbereitung der Kinder zum Empfang der heiligen Sakramente den Lehrern und Organisten anvertraut.

2) Das Ablesen des heiligen Evangeliums und im gegebenen Falle auch des Hirtenbriefes ist nicht ausschließlich Sache der Geistlichen. — Gegebenen Falls kann diese Thätigkeit mit Erlaubniß der geistlichen Behörde auch von einer weltlichen Person ausgeübt werden, also in erster Linie vom Organisten.

Was den kirchlichen Gesang anbetrifft, ist zu ersehen, daß das Bromberger Landrathsamt die Funktionen eines Organisten gar nicht kennt und nicht weiß, daß der Organist der Dirigent des Kirchenchores ist, folglich auch des kirchlichen Gesanges. — Der Organist hat nicht nur das Recht, sondern auch die Verpflichtung, kirchliche Gesänge einzüben.

Als Beweis der höheren Bestätigung gebe ich hier einen Auszug aus den mir durch die bischöfliche Behörde vorgeschriebenen Pflichten bei meiner Anstellung für das Amt eines Organisten.

„Pflichten.“

3) An Wochentagen, sowie auch an Sonn- und Festtagen ist der Organist verpflichtet, während des Gottesdienstes an Vor- und Nachmittagen zum Gesänge auf der Orgel zu spielen, sowie auch alle bei den verschiedenen kirchlichen Handlungen und Uebungen vorkommenden und nothwendigen Lieder zu leiten.

Zu diesem Zweck soll er mit der Jugend alle vorgeschriebenen und die gebräuchlichsten kirchlichen Lieder fleißig üben, mit Hilfe dieser Jugend, sowie auch aller Parochianen alle kirchlichen Lieder so gut wie möglich dirigiren und schließlich dafür sorgen, daß bei jeder Gelegenheit beim Gottesdienst immer ein guter und erhebender Gesang sei.

Es scheint klar, daß obige Ausführungen und Dokumente die ganze Sache aufklären. — Mithin müßte der Herr Poffenkowski einen Prozeß gegen sich anstrengen lassen und die gerichtliche Entscheidung fordern, und nachher die geistliche Behörde um Weisungen für die Vertheidigung bitten. R.

Aus Nr. 58 der Gazeta Olsztyńska
vom 14. Mai 1898:

Wartenberg'sche Wunder.

Das Städtchen Wartenberg in Polnisch-Ermeland gehört keineswegs zu den berühmteren Städten in Europa, da es nur wenig über 4000 Einwohner zählt, so giebt es dort weder Gas, noch Elektrizität, weder Wasserleitung noch Kanalisation, nichts also von denjenigen neueren Einrichtungen, deren sich andere berühmte Städte erfreuen. Und dennoch kann Wartenberg sich damit rühmen, daß es in einem Punkte, nämlich im „Wohlwollen“ den Polen gegenüber, alle anderen Städte und Städtchen der preussischen Monarchie übertroffen hat. Wir führen hierfür einige Beweise an.

Vor einigen Jahren wollte man in Wartenberg zu Gunsten des dortigen St. Antonius-Krankenhauses eine polnische Theatervorstellung veranstalten. Aber, o Wunder! alle dortigen Lokale entsprachen nicht den polizeilichen Vorschriften. Dazu erschien in der dortigen Zeitung ein Artikel, der in gewalttamer Weise gegen die Veranstaltung einer polnischen Theatervorstellung in Wartenberg auftrat. Es hieß da, daß es in Wartenberg Polen überhaupt nicht gebe, daß für das Krankenhaus Niemand polnisches Geld haben wolle u. s. w. Das Ende vom Liede war, daß die polnische Theateraufführung dort nicht erfolgen konnte.

Etwas später ließ der dortige Buchhändler, ein Deutscher, der also seine deutsche Heimath in keiner Weise bedrohte, zur Bequemlichkeit für seine polnischen Kunden die Aufschrift Księgarnia (Buchhandlung) aufmalen. Da erzitterte Wartenberg zum zweiten Male in seinen Grundfesten, denn wenn es in Berlin polnische Aufschriften giebt, so mögen diese ruhig bestehen bleiben, aber in einer so urdeutschen Stadt wie Wartenberg ist, ist da nicht ein „Grauen“, ein „grober Unfug“ oder noch etwas Schlimmeres, wenn man eine polnische Aufschrift sieht? Und so kam es, daß nach vielerlei Wortgefechten und Schreibereien die polnische Aufschrift zur Rettung der Gesamtheit Wartenbergs entfernt wurde.

Aber damit noch nicht genug. Am vergangenen Donnerstag, den 12. Mai, sollte in Wartenberg eine polnische Wählerversammlung stattfinden, in der der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Dr. Wolzlegier den Rechenschaftsbericht über seine parlamentarische Thätigkeit erstatten sollte. Aber was zeigte sich da wieder von Neuem? Obgleich der Redakteur unserer Zeitung selbst dreimal in Wartenberg war, einen Saal miethete und die Erlaubniß zur Veranstaltung der Versammlung erhielt, so wurde nachträglich dennoch denjenigen Restaurateuren, welche sich unterstehen würden, ihren Saal für polnische Versammlungen herzugeben, von der Polizei eine Strafe bis zu 60 Mark angedroht. Mancher wird bei sich denken: Oh, das ist eine nichtsnutzige Polizei! Aber so darf man nicht denken, denn die Polizei in Wartenberg hat nicht aus Abneigung, sondern aus großem Wohlwollen für die Polen nicht gestattet, daß ein Saal hergegeben werde. Und dies weshalb? Weil alle Säle in Wartenberg so gebaut sind, daß die Polen in dem einen mit dem Saal zusammenstürzen, in dem anderen verbrennen, in dem dritten von den Treppen herunterstürzen und sich todt schlagen könnten. Es hat also die reine Besorgniß um die öffentliche Sicherheit der Wartenberger Polizei das Verbot der Hergabe eines Versammlungslokals diktiert.

Da man einen Saal nicht erhalten konnte, beschloß man die Versammlung in der geräumigen Schmiede des Herrn Gromelski abzuhalten. Die Versammlung wurde also von Neuem angemeldet, die

Schmiede wurde ausgeräumt, und Pfarrer Dr. Wolszlegier war auch schon nach Wartenberg gekommen, aber im letzten Augenblicke drohte die Polizei dem Herrn Gromelski eine Strafe bis zu 60 Mark an, wenn er zulasse, daß die Versammlung stattfinden, weil die Schmiede nach den gesetzlichen Vorschriften kein Ort sei, an welchem öffentliche Versammlungen stattfinden können. So konnte denn schließlich die Versammlung überhaupt nicht stattfinden, obgleich viel Volks zu dieser erschienen war, um so mehr, da auf diesen Tag ein Jahrmakkt fiel. Es sollen auch 2 Gendarmen und die Polizei bereit gehalten worden sein, das Volk auseinanderzutreiben, falls die Versammlung wirklich zu Stande gekommen wäre.

Es bleibt zu erwähnen, daß vor 5 Jahren, als die polnischen Abgeordneten für die Vermehrung des Militärs stimmten, und Pfarrer Dr. Wolszlegier als Wahlkandidat nach Wartenberg kam, um dort eine Rede zu halten, ohne vorhergegangene Anmeldung die Erlaubniß zur Veranstaltung der Versammlung, sogar unter freiem Himmel, erhielt. So also sind die Polen gut, wenn es noththut, wenn die Noth aber vorüber ist, dann ist es mit der Freundschaft aus.

Wir hoffen, daß die Versammlung in Wartenberg dennoch zu Stande kommen wird. Wenn das jedoch nicht geschehen sollte, so werden unsere Landsleute auch ohne dies wissen, wem sie ihre Stimme bei den nächsten Wahlen geben sollen.

Aus Ober-Schlesien.

Aus Nr. 58 der Gazeta Opolska
vom 13. Mai 1898:

Herr Major Szmula hat dem Herrn Defau Stralek, als dem Vorsitzenden des Wahlkomitees, folgende Depesche übersandt: „Friedewalde, den 11. Mai 1898: Die Kandidatur nehme ich mit ergebenem Danke an. Szmula.“

Wir haben jetzt die Sicherheit, daß unser Reichstagskandidat kein Anderer, als der Herr Major Szmula ist. Diesen Kandidaten werden wir zum Abgeordneten wählen. —

Aus Nr. 57 der Gazeta Opolska
vom 12. Mai 1898:

Wahlangelegenheiten.

In Oppeln hat sich das Wahlkomitee des Zentrums in zwei Sitzungen mit der Aufstellung eines Reichstags-Kandidaten beschäftigt. Bis jetzt war der Pfarrer Wolny aus Zelazna bei Oppeln Reichstagsabgeordneter, doch die Wähler wünschen, daß an seiner Statt Herr Major Szmula, der bereits den Oppelner Wahlkreis im Landtage vertritt, aufgestellt werde. Dem jetzigen Abgeordneten machen die Wähler zum Vorwurf, daß trotzdem er vor fünf Jahren unter der Bedingung gewählt wurde, daß er gegen die Heeresvermehrung stimmen werde und er auch versprochen habe, bei der Abstimmung sich der Mehrheit der Zentrumspartheimitglieder anzuschließen, er sich der Abstimmung enthalten habe, ferner, daß er, obwohl darum ersucht, keinen Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit erstattet habe. Sämmtliche Komiteemitglieder, mit Ausnahme des Stadtraths Berzitz, eines Deutschen, der sich für den p. Wolny auch aus dem Grunde erklärte, weil gegebenenfalls

sogar die Konservativen für ihn stimmen würden, erklärten sich ebenfalls gegen den Pfarrer Wolny. Mit Recht bemerkte hierzu Herr Koraszewski, daß, falls die Sache sich so verhalte, die Kandidatur des Pfarrers Wolny auf um so schwächeren Füßen stehe, denn man dürfe sich weder nach den Konservativen, noch nach irgend einer anderen Partei umsehen, weil das Zentrum im Wahlkreise Oppeln ohne jeglicher Hilfe siegen werde.

Trotzdem der Pfarrer Wolny zu der zweiten Sitzung die schriftliche Mittheilung schickte, daß er auf das Mandat verzichte, traten doch der Stadtrath Berzitz und Kaufmann Scholz für den p. Wolny auf und drohten, aus dem Komitee auszutreten, falls Wolny nicht als Reichstagskandidat aufgestellt werden sollte. Weder die Worte des Herrn Defaus Dralka, noch die Ausführungen des Koraszewski vermochten die Herren davon zu überzeugen, daß ihr Verhalten, falls sie aus dem Komitee auschieden, ein ungeeignetes wäre. Das Ende war, daß Beide ihre Drohung zur That werden ließen und sich entfernten. Hierauf wurde die Kandidatur des Herrn Majors Szmula einstimmig (d. h. mit 14 Stimmen) angenommen.

Der Wahlkreis Beuthen, dessen Vertreter im Reichstage bis jetzt Herr Szmula war, wird sich nach einem anderen Abgeordneten umsehen müssen.

In der Sitzung des Wahlkomitees in Neustadt in Ober-Schlesien wurde zum Vorsitzenden Pfarrer Gerntke aus Neustadt in Ober-Schlesien und zu seinem Stellvertreter Pfarrer Skowronski-Ligotta gewählt. Als Reichstagskandidat wurde wiederum Herr Strzoda-Wiersch aufgestellt, der die Kandidatur annahm.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 107 des Dziennik Berliński
vom 12. Mai 1898:

Die Stellungnahme der Berliner Polen in den künftigen Reichstagswahlen.

Wir kennen eine Anzahl von Mitgliedern unserer Berliner Kolonie, die energisch die Aufstellung eines polnischen Kandidaten fordern. Daneben haben wir sehr viele, die gern einen der deutschen Kandidaten unterstützen möchten, auch giebt es Solche, nach deren Ansicht die Polen sich absolut passiv verhalten und an den Wahlen nicht theilnehmen müßten. Die Zahl der Letzteren ist die kleinste, denn es sind auch die Beweisgründe, deren sie sich bedienen, sehr schwache. Sie behaupten nämlich, die Berliner Polen müßten sich als eingewandertes Element in die inneren Angelegenheiten der Nation, unter der sie leben, nicht mischen.

Wir haben diesen Beweisgrund einen sehr schwachen genannt, einmal deswegen, weil die Polen, indem sie sich der Ausübung des wichtigsten Bürgerrechts begeben, den Beweis dafür liefern würden, daß sie sich selbst betrachten und betrachtet werden wollen als ein Element, das anderen Gesetzen unterliegt, während wir gerade auf jedem Schritte die Rechte wahren müßten, die uns als preussischen Staatsbürgern zustehen. Ferner würden wir die Wahlenthaltung besonders unter unseren Verhältnissen deswegen für einen verfehlten Schritt ansehen, weil diese Wahlen, welche uns die beste Gelegenheit bieten, die Gemeinsamkeit, unsrer politischen Ueberzeugungen kundzuthun, zugleich die beste Gelegenheit sind, diese Gemeinsamkeit der Ueberzeugung da zu vertiefen, wo solche vorhanden ist, und für sie das Fundament zu legen, wo es daran noch mangelt.

Wenn wir uns hier für die aktive Betheiligung an den Wahlen erklären, so thun wir dies, damit

ein Faktor mehr geschaffen werde, worin die polnische Kolonie solidarisch und von einem Geiste beseelt in die Arena des politischen Lebens treten könnte. Dies Ziel wird gleichermaßen erreicht, ob wir nun für einen Landsmann oder einmütig für den Vertreter einer deutschen Partei eintreten. In beiden Fällen kann unsere Haltung auf den Ausfall der Wahlen keinen Einfluß haben. Die Wahl unseres eigenen Kandidaten ist nämlich wegen der minimalen Stimmenzahl, über die wir verfügen, absolut ausgeschlossen, die der übrigen Kandidaten wiederum hängt von so mächtigen Zahlen ab, daß wir auf die Gestaltung der Dinge ebenfalls keinen Einfluß ausüben können. Die Wahlverhältnisse in den Berliner Wahlkreisen haben eine solche Gestalt angenommen, daß unsere Stellungnahme nur das Mal einer politischen Demonstration haben kann, natürlich abgesehen von dem von uns verfolgten eigenen Zweck, der Sammlung. Für die Welt wird, wenn man die Sache beim richtigen Namen benennt, unsere Theilnahme an der Wahl das Zeichen einer politischen Demonstration an sich tragen. Das schadet nichts. Demonstrationen sind manchmal sehr notwendig, und wen das Wort an sich schon peinlich berührt, den erinnern wir daran, daß — der Reichskanzler Graf Caprivi bei den letzten Reichstagswahlen vor fünf Jahren seine Stimme demonstrativ dem Freisinnigen gegeben hat, welcher dem Sozialdemokraten gegenüberstand.

Welche Art demonstrativer Betheiligung wäre unter unseren Verhältnissen nun die treffendere. Für einen eigenen Kandidaten zu stimmen, das scheint uns eine etwas zu weit gehende Demonstration. Der Gründe giebt es genug. Einer der wichtigsten wäre, daß wir auf diese Weise vor allen Augen uns aus der Gemeinschaft aller derjenigen deutschen Bürger ausschließen würden, unter denen wir leben und mit denen wir gleichermaßen am politischen Leben theilnehmen möchten. Da wir keine Aussichten haben, den eigenen Kandidaten durchzubringen, würden wir damit gewissermaßen die Absicht zum Ausdruck bringen, uns von allen politischen Beziehungen zu den Deutschen völlig abzusondern. Zweitens würden wir unnöthiger Weise viel Lärm verursachen; denn bei der heute in Deutschland herrschenden Stimmung ließe sich mit Gewißheit behaupten, daß sich in Folge einer durchaus unnöthigen Bravour ein Sturm wüthenden Geschreis gegen uns erheben würde. H.-R.-Listen und Nicht-H.-R.-Listen würden in die Wolken schreien, daß hier im Herzen Deutschlands ein Pole Abgeordneter nach des Volkes Willen zu sein beabsichtige. Absichtlich würde man die Thatfachen übertreiben und aus der Mücke einen Elephanten machen, um nur die öffentliche Meinung nachtheilig zu beeinflussen und sie gegen die Polen überhaupt aufzubringen. Was soll uns das nützen? Es giebt ein altes, etwas drastisches polnisches Sprichwort, das man hier auf folgende Weise modifiziren könnte: „Daß — die H.-R.-Listen ungeschoren!“

Drittens würde unser ein Fiasko warten. Die öffentliche Meinung, darauf vorbereitet einen vielleicht wüthenden Kampf der „national-deutschen Elemente“ gegen die Polen an der Wahlurne zu sehen, würde mit einem Male erstaunt gewahr werden, daß die Erwartungen sich zu der Wirklichkeit wie 1000 zu 1 verhalten haben, denn nach Tausenden würde unsere Stimmenzahl gewiß nicht zu rechnen sein. Und so entstünde ein Gelächter, ein großes Gelächter von der Warthe bis zum Rhein, lachen würden die Deutschen über die Polen. Das wollen wir nicht und können wir nicht wollen. Aus diesen Beweggründen müssen wir nach unserer Ansicht für irgend einen der deutschen Kandidaten stimmen. Von den Parteien, die in diesem Falle in Frage kämen, würden nur zwei verdienen, in Rechnung gezogen zu werden, das Zentrum und die Freisinnigen.“

In Nr. 109 des Dziennik Berliński vom 14. Mai heißt es weiter:

Wir lassen die beiden anderen Parteien und zwar die Konservativen einerseits und die Sozialisten andererseits außer Betracht, da wir glauben, daß es überflüssig wäre, zu erklären, weshalb die polnischen Stimmen keinem Kandidaten dieser Parteien zufallen können. Jeder Versuch, die polnischen Stimmen für einen Konservativen zu gewinnen, müßte an dem gesunden nationalen Empfinden, woran es, Gott sei Dank, bis heutigen Tags nicht mangelt, zu schanden werden, an diesem Empfinden müßte jedwede diplomatische Berechnung scheitern. Ebenso wenig dürfen die Stimmen der in Berlin wohnhaften Polen einem Sozialdemokraten zufallen, da wir mit der deutschen Sozialdemokratie nichts gemein haben. Sie beginnt sich, besonders in letzter Zeit, scharenweise zu den Fahnen der H.-R.-Listen zu drängen und liefert damit den Beweis, daß die gedachten national-deutschen Ideale ihr theurer sind, als die Festigung des Friedens zwischen Volksgemeinschaften verschiedenen Stammes.

Es bleiben also das Zentrum und die Freisinnigen übrig. Man muß zugeben, daß hier die Wahl für uns heute nicht so leicht ist. Es sind nämlich sehr viel verschiedenartige Faktoren vorhanden, die uns die Unterstützung sowohl der einen als auch der anderen Partei erwünscht erscheinen lassen. Fassen wir daher die Details ins Auge!

Was die Haltung der Freisinnigen und des Zentrums den Polen gegenüber betrifft, so kann man kühn sagen, daß diese Haltung beiderseits auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit basiert. Wir erinnern nur an die aus dem Schoße des Zentrums hervorgegangene Interpellation in Sachen des Verbots der polnischen Sprache, und sehen davon ab, daß das Zentrum sich bei dieser Interpellation von politischen Nebenabsichten leiten ließ, die soweit gingen, daß man sie vor den polnischen Abgeordneten geheim hielt, um ohne diese die Sache allein durchzuführen. Wir sehen davon ab, daß im Wahlfieber hier und da in Oberschlesien aus dem Munde von Centrumsmagnaten ein Wort gefallen ist, das unser nationales Empfinden unangenehm berührte. Von alledem sehen wir ab; denn wenn man die Haltung des Zentrums den Polen gegenüber in allgemeinen Umrissen zeichnet, so muß man anerkennen, daß sie frei gewesen ist von hafatistischer Bosheit und Verbissenheit; im Gegentheil, sie war voll Brüderlichkeit, wie es den Mitbekennern eines Glaubens zukam und voll politischer Einsicht. Die freisinnige Partei, namentlich die Richtersche Richtung, trat zwar nie aus eigener Initiative aktiv gegen die antipolnische Politik der Regierung auf, bekämpfte sie jedoch in der Presse mit der Feder und im Reichstag mit dem Wort. Das muß umso mehr anerkannt werden, je weniger Berührungspunkte über dies hinaus die Politik der freisinnigen Abgeordneten mit derjenigen der polnischen hatte.

Außer diesen Rücksichten allgemeinerer Natur verdient der Gang der Ereignisse der letzten Monate gleichfalls Berücksichtigung. Erwogen muß nämlich werden, daß die Haltung unsrer Abgeordneten schon bei der Abstimmung über die Marinevorlage sich den Freisinnigen näherte, gleichzeitig aber von derjenigen der Centrumsmehrheit entfernte. Das ist sehr natürlich; das Zentrum hat sich nämlich mehr als vorher der Regierung genähert, während sich die Polen immer mehr von der Regierung entfernten. Man kann heute also voraussehen, daß in Zukunft die Wege der Polen im Reichstag häufiger mit denjenigen der Freisinnigen zusammentreffen können, als mit des Zentrums Pfaden. Daraus würde hervorgehen, daß der Freisinnige mehr Chancen hätte, die polnischen Stimmen zu gewinnen. Wir sagen, das „würde“ der Fall sein, da dies augenscheinlich davon abhängig ist, ob wir die Rücksichten auf die

Heimath und deren politische Berechnungen als maßgebend für unser Verhalten ansehen wollen, oder es vorziehen, uns nach unseren lokalen Berliner Beweggründen und Bedürfnissen zu richten. Wenn wir nämlich die Berliner Verhältnisse in Erwägung ziehen, dann müssen wir ohne Wanken zugeben, daß keine Partei uns so nahe steht, wie das katholische Centrum, da das Leben der Polen und Deutschkatholiken Berlins sehr viele Berührungspunkte hat, die fast immer freundschaftlicher Natur sind und zu gegenseitiger Werthschätzung führen.

Doch scheint es, daß nicht die Rücksichten lokaler Natur, sondern solche auf die Heimath und darauf, was wir durch unsere politische Stellungnahme für die Heimath thun können, für uns maßgebend sein müssen. Wenn wir berücksichtigen wie unermesslich viel verschiedenen Wahlkreisen im Posenschen und in Westpreußen daran gelegen ist, daß die Polen seitens der Freisinnigen Unterstützung erfahren, zum mindesten aber, daß ein einträchtiges Zusammenleben der Freisinnigen und Polen erzielt werde, dann müssen wir bekennen, daß da, wo politische Berechnung mit Rücksicht auf die Heimath gebieten würde, mit aller Kraft den Freisinnigen zu unterstützen, alle Freundschaftsrücksichten gegenüber unsern guten Freunden vom Centrum zurücktreten müssen. Und wenn wir durch Eintreten für einen hiesigen Freisinnigen, wenn auch nur einem einzigen Wahlkreise in der Heimath einen Dienst erweisen könnten, indem wir unsern dortigen Kandidaten die Unterstützung seitens der Freisinnigen sichern, da müssen wir alle wie ein Mann an die Wahlurne treten, um dem Freisinnigen unsere Stimme zu geben.

Alle diese Fragen werden wahrscheinlich in der bevorstehenden Versammlung erörtert werden. Wir bezweifeln, daß sich angesichts ihrer Verwickelung wird ein entscheidender Beschluß fassen lassen. Unserer Ansicht nach wäre dies vielleicht auch verfrüht. Wir meinen, daß man sich darauf beschränken müßte, das Wahlkomitee zu bevollmächtigen, daß es sich mit denjenigen Komitees in der Heimath verständige, die ihrerseits aus einem Bündniß mit den Freisinnigen Nutzen ziehen könnten. In einer zweiten Versammlung, in welcher das Komitee über die Ausführung des ihr gewordenen Auftrags Bericht zu erstatten haben würde, könnte man beschließen, wem wir unsere Stimme geben wollen, wobei wir diesen unsren Beschluß von dem Umstande abhängig machen, ob wir durch unser Eintreten für den Freisinnigen der Heimath von Vortheil sein können, oder nicht.

Aus Nr. 58 des Wiarus Polski
vom 17. Mai 1898:

Burg bei Magdeburg.

In Burg weilte in der vergangenen Woche der Pfarrer Jothke aus Biel in Westpreußen, um bei den hiesigen Landsleuten, welche zum größten Theil aus der Kulmer Diözese stammen, die heilige Beichte zu hören und ihren Geist durch Gotteswort in der Muttersprache zu kräftigen. Zur Beichte gingen ungefähr 200 Personen. Am 2. Mai fand ferner bei uns die Firmelung statt, welches Sakrament ungefähr 125 Personen empfingen. Dem Pfarrer Jothke sprechen wir für seine zu unserm Wohle gehaltenen Mühen ein herzliches „Gott bezahls“ aus.

M. W.

So viel schreibt man uns aus Burg. Die polenfreierische Deutsche Zeitung thut hiervon Erwähnung und schreibt:

„Der gute Pfarrer unternimmt aus reiner Christenliebe eine so weite Eisenbahnfahrt. Der Umstand, daß die katholischen niederen Geistlichen nicht

so gestellt sind, daß sie kostspielige Reisen unternehmen können, rechtfertigt wohl die Frage, ob denn eine Kasse existirt, aus welcher für solche Reisen gezahlt wird, wer diese Kasse begründet hat und wer sie unterhält.“

Wenn der Korrespondent der Deutschen Zeitung selbst anerkennt, daß der Pfarrer die weite Reise aus reiner Christenliebe unternommen hat, so widerspricht er sich selbst, wenn er noch nach einer Kasse fragt. Und was geht ihn das schließlich an?

Aus Nr. 55 des Wiarus Polski
vom 10. Mai 1898:

Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des Vereins des hl. Venceslaus in Vinden an der Ruhr vom 28. März 1897 bis 27. März 1898.

Vinden a. Ruhr.

Der Verein besaß 43 Mitglieder. — 36 Mitglieder ließen sich neu einschreiben; nach der Heimath abgereist und infolge Arbeitswechsel sind 21 ausgeschieden. — Zum Militär gingen 4. Am 1. Januar waren 55 Mitglieder; vom 1. Januar bis zum 27. März ließen sich 10 neue Mitglieder einschreiben, so daß der Verein gegenwärtig 65 ordentliche Mitglieder besitzt. — Es wurden 23 ordentliche Versammlungen und 3 Generalversammlungen abgehalten. — Einnahmen hatte der Verein 243 Mark 65 Pf., Ausgaben 163 Mark 72 Pf. In der Kasse verbleiben 106 Mark 93 Pf. Drei Mal hatten wir einen polnischen Geistlichen. Zur hl. Kommunion ist der Verein gemeinschaftlich 3 Mal gegangen. — In der Bibliothek besitzt der Verein 127 Bücher, welche Eigenthum des Volks-Bibliotheken-Vereins in Posen sind. — Von Zeitungen abonniert der Verein den Wiarus Polski und den Bielskopolanin. Der Verein ließ drei heiligen Messen im Interesse des Vereins lesen. — Mit der Fahne ist der Verein vier Mal aufgetreten. — Am 27. März fand eine Generalversammlung und die Wahl des neuen Vorstandes statt. Ehrenvorsitzender ist der hiesige Kaplan Gofma; Vorsitzender Stanislaus Wawrzyniat, Vertreter Johann Kowalski, Schriftführer Franz Halupa, Vertreter Johann Wisniewski, Kassirer Andreas Klemczak, Vertreter Stanislaus Lopata, Bibliothekar Joseph Zawatka, Vertreter Marcel Galinski, Fahnenführer Johann Cichowski, Vertreter Franz Kowalski, Beisitzer Theodor Dutkowiak und Josef Maczkowski, Vertreter Adalbert Nowaczyk und Franz Wachowiak, Kassenrevisoren Joseph Stama und Kasimir Tephlich.

Aus Nr. 55 des Wiarus Polski
vom 10. Mai 1898:

Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des Vereins „Sobieski“ in Blumenthal in Hannover für die Zeit vom 24. Oktober 1897 bis 24. April 1898.

Blumenthal.

Im vergangenen Halbjahr hielt der Verein zehn Sitzungen ab. — Der Verein arrangirte zwei Vergnügen und ließ eine hl. Messe auf das Gedeihen des Vereins lesen. — Der Verein besitzt 105 Mark 15 Pf. Vermögen. — Für die Bibliothek wurden 12 Bücher beschafft. — Dem Vorstand gehören an: Die Herren Lorenz Hadryan als Vorsitzender, Paul

Zaremba Vertreter, St. Winiewicz Schriftführer, St. Binek Vertreter, Joseph Winiewicz Kassirer, M. Kowalski Vertreter, Dr. Machnik Bibliothekar, L. Prokop Vertreter, W. Zaremba und R. Drabent Kassenrevisoren, A. Bigdowski Fahnenenträger, St. Przemuszyński und J. Zydel Beisitzer.

Aus Nr. 58 des Wiarus Polski
vom 17. Mai 1898:

Gelsenkirchen.

Am 8. Mai d. J. fand die Jahresversammlung des polnischen Gesangsvereins „Lutnia“ in Gelsenkirchen statt, in welcher unter anderen Angelegenheiten die Wahl des Vorstandes vollzogen wurde. Es wurden folgende Mitglieder gewählt: Fr. Kurasiat zum Vorsitzenden, M. Pospiech zu dessen Stellvertreter, K. Suplicki zum Schriftführer, B. Wilkowski zum Kassirer, A. Gulczynski zum Bibliothekar, A. Kranz und N. Suplicki zu Beisitzern. Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir nach dem Vereinslokal zu senden, welches sich bei Herrn J. Vogel befindet.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 18 des Kraj
vom 2. (14.) Mai 1898:

In einer Unterredung, welche zwischen dem österreichischen Reichsrathsabgeordneten Wolff und dem Wiener Korrespondenten des genannten Peters-

burger polnischen Blattes stattgefunden hat, soll sich Ersterer u. A. folgendermaßen über preussisch-polnische Verhältnisse ausgelassen haben:

Korrespondent: „Gestehen Sie anderen Nationen nationale Rechte zu?“

Wolff: „Ganz gewiß!“

Korrespondent: „Mithin müssen sie diese Rechte auch den Polen in Preußen zuerkennen.“

Wolff: „Das ist ganz etwas Anderes! Die Polen in Deutschland verbinden sich mit allen Feinden des Deutschen Reichs. Der katholische Klerus hegt auf, und Rom erblickt im Slaventhum ein Element zur Bekämpfung des deutschen Protestantismus. Das Deutsche Reich muß gleichmäßig national sein.“

Korrespondent: „Meinen Sie nicht, daß die Bedrückung der Polen in Preußen zur Sammlung aller Slaven führen muß zwecks Vertheidigung der durch die Deutschen mit Vernichtung bedrohten nationalen Eigenheiten, daß diese Bedrückung die panslawistische Idee am erfolgreichsten fördert?“

Wolff: „Da ist nicht zu helfen. Dem Panslawismus stellen wir den Pangermanismus gegenüber. Uebrigens ist der große geschichtliche Entscheidungskampf der Zukunft zwischen uns und dem Slaventhum nicht zu vermeiden; er muß geführt werden.“

Das war ein aufrichtiges Bekenntniß, eine kernige Skizzirung des pangermanischen Programms. Wie drohend klingen diese Worte für alle Slaven ohne Ausnahme angesichts der Spaltung und des Mangels jedes tieferen Programms, angesichts der nicht zeitgemäßen, unter uns herrschenden Verhältnisse! Das wissen die Deutschen und sie wissen es gebührend zu würdigen, und daher sind ihre weltenstürmerischen Triebe, die Weltherrschaft vom Atlantischen Ozean bis zum Ural, von der Ostsee bis zu den Küsten Afrikas zu erringen, nicht durchaus eine Utopie. Der große geschichtliche Entscheidungskampf zwischen den Deutschen und Slaven muß geführt werden.